

HAINER MICHALSKE, Die Gutenberg-Reichsausstellung 1940. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Kulturpolitik (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Bd. 18), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2007. – 382 S. (ISBN: 978-3-515-08756-8, Preis: 44,00 €).

Jubiläen und Jubiläumsfeiern bieten als institutioneller Mechanismus vielfältige Möglichkeiten, um Tradition und Stabilität zu generieren bzw. Vergangenheit und Gegenwart sinnstiftend zu verbinden. Bei deren Entwicklung spielte insbesondere das protestantische Sachsen eine zentrale Rolle, waren es doch gerade die Kirchen und Universitäten, die sich frühzeitig dieses Mechanismus' bedienten und damit den Grundstein zu einer regelrechten Jubiläumskultur legten, die spätestens im 19. Jahrhundert – jedenfalls in Deutschland – zur vollen Entfaltung kam. Und es waren auch die sächsischen Buchdrucker, die 1640 in Leipzig diesen Mechanismus erstmals im bürgerlichen bzw. berufsgruppenspezifischen Kontext bedienten und der Erfindung der beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg mit einer mehrtägigen Feier gedachten. Diese Traditionslinie zog sich danach ungebrochen bis ins 20. Jahrhundert fort und bildet die Basis des von Hainer Michalske vorgelegten Bandes zur Gutenberg-Reichsausstellung 1940 – dem 500. Jubiläum der Gutenbergschen Erfindung.

Michalske fokussiert in seiner Untersuchung den Prozess der Organisation der Feiern und Veranstaltungen, die für das Jahr 1940 in der Buch- und Messestadt Leipzig und in der Geburtsstadt Gutenbergs Mainz geplant, jedoch nicht umgesetzt wurden. Hierbei geht es ihm weniger um die agierenden Einzelpersonen, etwa Künstler oder Architekten, als vielmehr um das Ausstellungswesen als Teil der nationalsozialistischen Kulturpolitik und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikbereichen. Ein Forschungsfeld also, für das detaillierte Studien noch immer ausstehen, auch für Sachsen. Doch Michalske widmet sich nicht nur der Organisationsgeschichte. Sein Anliegen ist vielmehr auf die Frage zuzuspitzen, weshalb und in welchen Bereichen das Jubiläum 1940 scheiterte oder gar scheitern musste? Denn eigentlich stellte das Datum im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg keineswegs den originären Grund für das Scheitern der für Leipzig konzipierten Gutenberg-Reichsausstellung und der für Mainz angedachten Gutenberg-Reichsfeiern dar. Insofern ist es schlüssig, dass Michalske die Prozesshaftigkeit der Vorbereitungen, die verschiedenen Akteure und Interaktionsprozesse sowie die politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Voraussetzungen des Scheiterns ins Blickfeld der Untersuchung rückt. Gerade hierfür scheint der Untersuchungsgegenstand besonders geeignet, handelte es sich doch bei der Gutenberg-Reichsausstellung um das einzige über mehrere Jahre hinweg ernsthaft geplante Projekt einer Weltausstellung im nationalsozialistischen Deutschland.

Die Konzeption der Gutenberg-Reichsausstellung zeichnete sich durch eine positive Konnotation aus, was hinsichtlich anderer nationalsozialistischer kulturhistorischer Ausstellungsprojekte eine Besonderheit darstellte. Die Gutenberg-Reichsausstellung sollte keine „Schand- oder Antiausstellung“ (S. 17) werden. Vielmehr sollte, bedingt durch den internationalen Anspruch und die geplante Beteiligung möglichst vieler Länder, ein friedliebendes Deutschland der „charismatischen Visionäre“ dargestellt werden, dem eine besondere Bedeutung in der „zivilisatorischen Genese der Menschheitsgeschichte“ (S. 326) zukam. Dies ordnete sich in den Kontext der Außenpolitik ein, die bis 1938 darauf bedacht war, der ausländischen „Lügenpropaganda“ und dem deutschen Image der „Kulturbarbaren Europas“ (S. 17) entgegen zu wirken. Und hier offenbart sich bereits das erste Element des Scheiterns, hätte doch eine solche positive Vereinnahmung der Technik- und Geistesgeschichte „die eigentliche Innovation nationalsozialistischer Kulturpolitik“ (S. 325) ausmachen können. Zudem verkannte man offenbar die hier mögliche Anbindung an die bürgerliche Memorialkultur,

die hinsichtlich des Ausstellungsortes Leipzig in hohem Maße gegeben war. Doch dieses Potenzial an Inszenierungsmöglichkeiten wurde zu keinem Zeitpunkt der Vorbereitungen für wichtig befunden. Die Trendwende in der deutschen Außenpolitik Ende 1938 verstärkte diesen Prozess, als auf Weisung Adolf Hitlers sämtliche „Friedensphrasen“ offenen „Drohgebärden“ (S. 328) zu weichen hatten und sich damit ein Klima einstellte, in dem eine in internationaler Kooperation durchgeführte Weltausstellung nur schwer zu realisieren war. Dies führte vor allem dazu, dass das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ vom Begriff der Weltausstellung abrückte. Dennoch arbeiteten die organisierenden Gremien bis zuletzt an einer Einbindung von Staaten wie den USA, Frankreich oder England, deren Teilnahme zweifelsohne eine Aufwertung des nationalsozialistischen Deutschlands bedeutet hätte. Und in diesem Zusammenhang kann Michalske den interessanten Aspekt nachweisen, dass in den genannten Ländern zwischen absoluter Ablehnung und der ‚Teilnahmepflicht des Berufsstandes‘ nahezu alle Meinungen vertreten waren. Einzig in Bezug auf Frankreich führte die Konfrontationssituation und die immer wahrscheinlicher werdende Möglichkeit eines Krieges zu Planungen für eine ‚Konkurrenzveranstaltung‘ in Straßburg.

Letztlich spielte aber beim Scheitern der ausländischen Teilnahme der Dissens zwischen den deutschen Institutionen eine erheblich größere Rolle, als einzig die politische Gegnerschaft der jeweiligen Staaten zum Deutschen Reich. Hierbei offenbart sich ein Spezifikum der nationalsozialistischen Kulturpolitik, welches Michalske für dieses Beispiel detailliert aufschlüsselt: die dezentrale Organisation. Denn schließlich erkannten die Reichsministerien den Institutionen in Leipzig und Mainz erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten zu, sie selbst reagierten maximal auf Vorschläge. Allerdings fanden die Vorbereitungen in einem „Klima des Misstrauens und keineswegs der gedeihlichen Kooperation“ (S. 297) zwischen den Städten statt, weswegen die Reichsebene als Vermittler angerufen werden musste. Dies „blockierte und neutralisierte“ (S. 297) die Gestaltungsautonomie der Städte und brachte in der Folge die Unterordnung alles Fachlichen unter den ‚Primat der Politik‘ mit sich. Doch dies war keineswegs mit einem verstärkten Engagement oder einer höheren finanziellen Beteiligung durch die Ministerien in Berlin verbunden, was einen weiteren Aspekt des Scheiterns im Vorfeld offen legt. In diesem Zusammenhang half auch die vornehmlich durch die Gremien in Leipzig immer wieder betonte Tradition der Stadt und die bereits angelauene internationale Werbung nichts. Der mögliche ‚Gesichtsverlust‘ bei einer Absage oder einer Verkleinerung der Feierlichkeiten wurde in Berlin kaum registriert. Das Scheitern des Projektes Gutenberg-Reichsausstellung fand in Leipzig seinen Abschluss in der 1940 durchgeführten Einweihung eines neuen Buchmuseums und in einer Gutenberg-Gedenkfeier, die letztlich nicht viel mehr als eine Verlegenheitslösung darstellten.

So bleibt abschließend nochmals die Bedeutung dieser gelungenen Studie hervorzuheben, die dieser für die Forschung zur nationalsozialistischen Kultur- und Medienpolitik, nicht zuletzt aber auch für die sächsische Landesgeschichte zukommt. Michalske gelingt es, die vielschichtigen Interaktionsebenen der Ausstellungsvorbereitung zusammenzuführen und die verschiedenen Bereiche der geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten – von Architektur bis Werbung – detailliert in ihrer intendierten und bisweilen auch verfehlten Wirkung zu untersuchen. Und auch wenn sich sein Anspruch auf die Analyse der Prozesshaftigkeit der Vorbereitungen konzentrierte, so erscheint hinsichtlich des erschlossenen umfangreichen Quellenbestandes in Leipzig vor allem das Fehlen eines Personen- und Sachregisters als äußerst bedauerlich, das die Untersuchung für weiter führende Studien besser zugänglich gemacht hätte. Die Pionierarbeit, die Michalskes Analyse hinsichtlich des lokalen und regionalen Zusam-

menspiels von Entscheidungsträgern und Organisationen innerhalb der nationalsozialistischen Polykratie im Bereich Kultur leistet, wird damit allerdings in keiner Weise abgewertet.

Dresden

Swen Steinberg

ANDREAS PEHNKE, „Vollkommen zu isolieren!“. Der Chemnitzer Schulreformer Moritz Nestler (1886–1976), Sax Verlag, Beucha 2006. – 252 S. (ISBN: 3-934544-88-6, Preis: 18,00 €).

Der Greifswalder Erziehungswissenschaftler Andreas Pehnke arbeitet seit einer Reihe von Jahren an einem biografisch akzentuierten Forschungsprojekt zur Geschichte der Reformpädagogik vornehmlich im Sachsen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nach Fritz Müller, Waldus Nestler und Kurt Schumann widmet sich nun die vierte daraus resultierende monographische Lebensbeschreibung dem Chemnitzer Reformpädagogen Moritz Nestler. Der aus dem Erzgebirge stammende Sohn eines Lehrers absolvierte zwischen 1902 und 1908 das Annaberger Lehrerseminar und fand nach ersten Berufserfahrungen in verschiedenen sächsischen Schulen seit 1911 eine Anstellung in Chemnitz, das für die nächsten Jahrzehnte seine ständige Wirkungsstätte bleiben sollte. Während der Zeit der Weimarer Republik diente Moritz Nestler an der Chemnitzer Sidonienschule, wo er bald zum stellvertretenden Schulleiter aufstieg, bis er 1930 zum Schulleiter der neugebauten Diesterwegschule ernannt wurde. Seine zahlreichen über den Schuldienst hinausreichenden ehrenamtlichen Aktivitäten umfassten die Tätigkeit im Pädagogischen Verein, als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt für den Bezirk Chemnitz-Erzgebirge sowie in der Führungsebene der Chemnitzer Sozialdemokratie, für die er zeitweise als Stadtverordneter amtierte. Die Karriere des mitunter wohl recht eigenwilligen Mannes fand im April 1933 ein jähes Ende, da er aufgrund seiner politischen Einstellung für die nationalsozialistischen Herrscher als Lehrer nicht tragbar war. Über drei Jahre hinweg arbeitslos, fand Nestler 1936 einen Broterwerb als kaufmännischer Angestellter in einem Textilunternehmen – auch hier durch rasche Auffassungsgabe und Fleiß bald recht erfolgreich – und suchte den Kontakt zu seinen sozialdemokratischen Parteifreunden im Rahmen des Möglichen aufrecht zu erhalten. Nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 wurde er kurzzeitig in Haft genommen.

Die Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur durch die Rote Armee schien dem engagierten Pädagogen eine neue Chance zu eröffnen, in seinem eigentlichen Wirkungsbereich tätig zu werden. Tatsächlich avancierte der inzwischen 58jährige in den von vielerlei Improvisationen gekennzeichneten Bemühungen um eine Wiederingangsetzung des öffentlichen Lebens unter Ausschluss der nationalsozialistischen Amtsträger bereits Mitte Mai 1945 zum Schulrat, zunächst für die gesamte Stadt Chemnitz. In dieser Funktion spielte Nestler in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine wichtige Rolle bei der Inbetriebnahme der Schulen nach den Wirren der Kriegsendphase, bei der Besetzung von Lehrerstellen und der Ausbildung von „Neulehrern“. Allerdings sollte er schon bald mit den Realitäten der neuen Ära in der Sowjetischen Besatzungszone konfrontiert werden: Die kommunistischen Funktionäre, die, allen voran der für Kultur, Schule und Jugend zuständige Stadtrat Johann Riesner, auch in Chemnitz rasch die Kontrolle über das Personalwesen und die Deutungshoheit über alle Fragen von gesellschaftlicher Relevanz an sich rissen, hatten für die auf die Förderung von Eigeninitiative und -verantwortung zielende Reformpädagogik Nestlers ebensowenig übrig wie für den gestandenen Sozialdemokraten, der sich